



Newsletter vom 20. April 2025

Inhalt

Unverzichtbare Förderklassen ergänzen das integrierte Schulsystem	1
17. April 2025, Hanspeter Amstutz	1
Ein Alarmzeichen für die Zürcher Schulen	3
NZZ, 9. April 2025, Meinung & Debatte, Giorgio Scherrer	3
Gemeinden schicken die Hälfte ihrer Sonderschüler an ein privates Institut.....	4
NZZ, 8. April 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer.....	4
Sonderschüler werden ausgegliedert	7
NZZ, 14. April 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	7
Veranstaltungshinweis	7
Was die Kleinklasse für ein Kind bedeuten kann!	7
Starke Volksschule Zürich, Mo. 19. Mai 2025	7

Unverzichtbare Förderklassen ergänzen das integrierte Schulsystem

17. April 2025, Hanspeter Amstutz

Für einmal hat die Bildungspolitik in den letzten zwei Wochen bis zum Redaktionsschluss dieses Newsletters keine allzu hohen Wellen geworfen. Dennoch sorgte ein Thema für einige Aufregung. Es ging um die Recherchen der NZZ über den enormen Anstieg von Schülern mit Sonderschulstatus und verdeckte Schülerzuweisungen in grosser Zahl in private Sonderschulen.

Explosionsartige Zunahme von Schülern mit Sonderschulstatus

Der Autor des NZZ-Beitrags stellte fest, dass sich die Anzahl der Sonderschüler in der Volksschule in den letzten zwanzig Jahren verdreifacht hat. Ein Teil dieser 9000 Kinder und Jugendlichen mit Sonderschulstatus wird im Rahmen des aktuellen Integrationsmodells weiterhin in den Regelklassen unterrichtet. Der Status «Sonderschüler» ermöglicht es auf einfachere Weise, Teildispensationen in einzelnen Fächern auszusprechen. Überforderte Schüler können so beispielsweise vom Französisch oder von Diktaten dispensiert werden. Aufhorchen lässt auch der zweite Teil des Berichts, in welchem es um nicht veröffentlichte Einweisungen von Schülern in private Sonderschulen geht. Jahrelang hat die Zürcher Bildungsdirektion unterschlagen, dass die Gesamtzahl der in teuren Sonderschulheimen unterrichteten Schüler um einen Fünftel grösser ist als allgemein bekannt war.

Die Kosten für die Sonderschulungen laufen aus dem Ruder

Bei den Budgets vieler Gemeinden fällt vermehrt auf, dass die Kosten für die Sonderschulungen enorm zu Buche schlagen. Tatsächlich ist es so, dass eine Heimeinweisung eines Schülers eine Gemeinde mit rund 55 000 Franken (ohne Kantonsbeitrag) pro Jahr belastet. Im Schulbudget sind diese Kosten nicht enthalten, da sie unter den Sozialkosten der Gemeinde verbucht werden. An der grossen kommunalen Gesamtbelastung für die Sonderschulung ändert sich aber nichts. Weil die



Sonderschulheime heute chronisch überlastet sind, drängt sich eine Suche nach Alternativlösungen geradezu auf. Einige Gemeinden haben deshalb einen Teil ihrer Sonderschüler in kostengünstigeren privaten Institutionen platziert. Der Bericht in der NZZ zeigt, dass dieses Vorgehen mehrere sehr heikle Fragen aufwirft.

Überzogene Individualisierung und masslose Ansprüche fördern die Krise

Ein bis sechs Schüler pro Klasse würden sich während einer Unterrichtslektion öfters auffällig oder störend verhalten, war kürzlich im ZO zu lesen. Sie müssten eigentlich zeitweise 1:1 betreut werden, damit sie wieder in richtige Bahnen gelenkt werden können. Diese Aussage machte die Präsidentin des Zürcher Lehrerverbands im Rahmen eines Interviews über die Einführung von Förderklassen.

Die grosse Zahl von Schülern mit intensivem Betreuungsaufwand macht stutzig. Was ist nur mit unserer Volksschule los, dass konzentriertes Lernen in manchen Klassen so schwierig geworden ist? Sicher stark ins Gewicht fällt, dass die unrealistischen Erwartungen ans individualisierte Lernen gewaltig gestiegen sind. Vorherrschende Theorien an den Pädagogischen Hochschulen legen Lehrpersonen nahe, massgeschneiderte Bildungswege für jedes einzelne Kind zu finden und individuelle Bildungsziele festzulegen. Dieses Lernkonzept hört sich zwar vielversprechend an, vermindert aber die Anpassungsleistungen der einzelnen Schüler an stabilisierende gemeinsame Normen im Klassenunterricht. Manche Kinder werden fordernder und ungeduldiger. Nicht geeignet für die Führung quirliger Klassen ist dabei auch ein als fortschrittlich geltendes Rollenbild, das Lehrkräfte als zurückhaltende Lernbegleiter und erst in zweiter Linie als Führungspersonen sieht.

Förderklassen im eigenen Schulhaus reduzieren Sonderschulungen

Die dringend notwendigen Förderklassen sind nicht dazu vorgesehen, den Grossteil der teils hausgemachten Schwierigkeiten unserer Volksschule aufzufangen. Diese sind ohne falsche Rücksichtnahme klar zu benennen und nicht länger zu verdrängen. Der überladene Lehrplan, das belastende Frühsprachenkonzept und ein unsinnig hoher Anspruch auf massgeschneiderte Lernwege erschweren eine Konzentration auf ein übersichtliches Bildungs-Kernprogramm. All das sorgt für viel Hektik und Unruhe in den Klassen. Es gilt deshalb, parallel zur Einrichtung von Förderklassen bei den genannten Baustellen gründlich aufzuräumen.

Die meisten verhaltensauffälligen Schüler benötigen keine separative Förderung. Time-out-Lösungen mit Schulinseln können einiges abdecken. Doch es gibt leider die wirklich happigen Fälle mit einem erheblichen Störpotenzial. Solche Schüler können ganze Klassen durcheinanderbringen. Diese «Systemsprenger» benötigen eine intensive Betreuung in einer Kleinklasse durch eine Lehrperson mit anerkannten heilpädagogischen Fähigkeiten.

Förderklassen im eigenen Schulhaus sind eine nötige Ergänzung in einem integrierenden Schulsystem. Sie verhindern, dass Regelklassen völlig aus dem Ruder laufen und nur noch durch teure externe Sonderschulungen stabilisiert werden können. Mit dem Ja des Kantonsrats zugunsten von Förderklassen sind die Weichen richtig gestellt worden.

Eine Veranstaltung über Förderklassen, die Sie nicht verpassen sollten

Die Anhänger der unbedingten Integration aller Schüler in die Regelklassen wehren sich vehement gegen die Einführung von Förderklassen. Es sind vor allem Dozenten aus der Hochschule für Heilpädagogik, die jede Separation von Kindern rigoros ablehnen. Sie wollen nicht eingestehen, dass die Belastungen für Lehrpersonen in manchen Klassen nicht mehr tolerierbar sind und nur durch eine «Renaissance der pädagogischen Vernunft» deutlich reduziert werden können. Förderklassen gehören zu diesem Paket der Erneuerung. Wie die Unterrichtspraxis in diesen Schulen gestaltet werden kann, erfahren Sie an unserer Veranstaltung vom 19. Mai in Zürich. Das ausführliche Programm des Vortragsabends finden Sie am Schluss unseres Newsletters.

Wir wünschen Ihnen frohe Ostern und freuen uns wie immer über Rückmeldungen.

Hanspeter Amstutz



Ein Alarmzeichen für die Zürcher Schulen

NZZ, 9. April 2025, Meinung & Debatte, Giorgio Scherrer

Immer mehr Sonderschüler

Das Problem der Zürcher Schulen lässt sich an einer einzigen Grafik ablesen. Sie zeigt **eine** Kurve, die links unten beginnt, im Jahr 2004, als es im Kanton noch rund 3000 Sonderschüler gab. Dann steigt die Kurve an. Und steigt. Und steigt.

Heute gibt es an den Zürcher Schulen fast 9000 Kinder mit Sonderschulstatus. Eine regelrechte Explosion. Bei jedem zwanzigsten Schulkind orten die Behörden inzwischen einen besonders hohen Förderbedarf. Ein Anstieg, der mit dem Bevölkerungswachstum nicht ansatzweise erklärbar ist. Das müsste die Bildungspolitik alarmieren. Kaum etwas ist für die intellektuelle und soziale Entwicklung eines Kindes wichtiger als die Schulzeit – kaum etwas macht Eltern mehr Sorgen als Probleme damit. Wenn immer mehr Kinder nicht mehr als tragbar für die Regelklasse gelten, dann ist das eine Warnung. Eine Warnung, dass das Schulsystem an seine Grenzen kommt.

Für diese Entwicklung gibt es zwei mögliche Erklärungen. Entweder den Kindern geht es immer schlechter. Oder die Schulen können schwierige Fälle immer weniger auffangen – und wählen darum immer öfter die Sonderschule als letzten Ausweg. Beide Erklärungen sind besorgniserregend. Beide verlangen entschiedenes Handeln. Doch der Kanton Zürich hat während Jahren das Gegenteil getan. Er hat das Problem als kleiner dargestellt, als es tatsächlich ist – indem er die Statistik verzerrte.

Das ging so: Statt alle Sonderschüler im Kanton in der Statistik auszuweisen, wurden nur jene an staatlich anerkannten Sonderschulen aufgeführt. Alle Kinder, die in privaten Sonderschulen platziert wurden, blieben ausgeklammert. Ein Zehntel aller Sonderschüler verschwand so aus den Berechnungen des Kantons. Für das letzte Schuljahr wurden diese Daten nun erstmals erhoben – und prompt zeigte die Sonderschulstatistik noch stärker nach oben.

Die neuen Zahlen zu den privaten Sonderschülern zeigen ein Schulsystem, das in etlichen Gemeinden stärker am Anschlag ist als bisher bekannt. In zwanzig Kommunen gehen über 30 Prozent der Sonderschüler an ein privates Institut. In fünf Gemeinden ist es gar jedes zweite bis dritte Kind mit Sonderschulstatus. Der integrative Unterricht als Normalfall und staatlich anerkannte Sonderschulen als Ausnahme: Dieses System ist in manchen Gegenden des Kantons einem Flickenteppich aus improvisierten, kaum reglementierten privaten Lösungen gewichen.

Betroffene Gemeinden berichten von zunehmenden Problemen mit verhaltensauffälligen oder psychisch angeschlagenen Kindern. Problemen, die sich im regulären Unterricht nicht mehr bewältigen lassen – egal, wie viele zusätzliche Heilpädagogen in die Klasse geschickt werden. Dazu kommen fehlende oder unflexible staatliche Anbieter in sinnvoller Nähe. Und Eltern, die immer wählerischer werden. An der Zürcher Goldküste beispielsweise ist der Anteil privater Sonderschüler besonders hoch – auch weil Eltern dort faktisch auswählen können, in welche Sonderschule ihr Kind kommt. Und dabei offensichtlich immer wieder private Anbieter bevorzugen.

Die explosionsartige Zunahme der Sonderschüler und der Boom des privaten Parallelsystems sind damit auch das Resultat eines tieferliegenden Problems, nämlich der Krise der integrativen Schule. Der Grundsatz, dass jedes Kind wenn immer möglich in einer Regelklasse unterrichtet wird, bleibt ein guter. Bildungsforscher haben immer wieder aufgezeigt, dass die Integration für den schulischen und beruflichen Erfolg der Betroffenen extrem wertvoll ist.

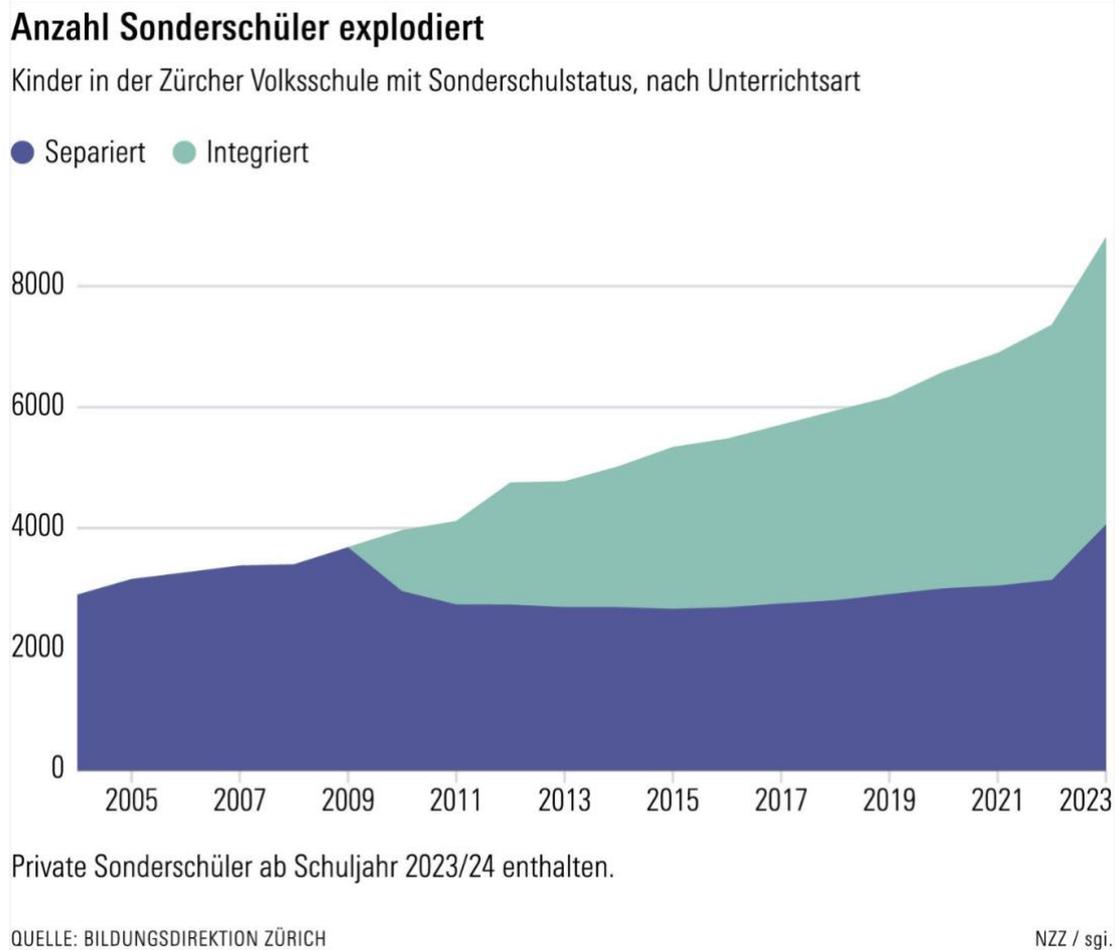
Doch diesen Grundsatz auf Teufel komm raus zu verfolgen, ohne Ausnahmen und Augenmass, führt direkt in die Misere: zu Schulgemeinden, die jeden möglichen Problemfall zur Abklärung schicken – in der Hoffnung, mit dem Sonderschulstatus mehr Ressourcen zu erhalten. Zu einem System aus privaten Sonderschulen, über das wenig bekannt ist. Und zu Kindern, denen der Unterricht immer häufiger nicht die passende Lernatmosphäre bieten kann.



Gemeinden schicken die Hälfte ihrer Sonderschüler an ein privates Institut

NZZ, 8. April 2025, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Bisher unbekannte Zahlen zeigen, dass an der Goldküste und in manchen Agglo-Kommunen ein Parallelsystem boomt



Beni Stockmann hat ein Credo: «Wir wollen unsere Schülerinnen und Schüler so ins Berufsleben abgeben, dass sie dort funktionieren.» Was selbstverständlich tönt, ist es für ihn nicht immer. Denn Stockmann ist der Sozialverantwortliche in der Schulpflege der Sekundarschule Dübendorf, einer «Stadt am Rand der Grossstadt», wie er es nennt, «mit den entsprechenden sozialen Problemen».

Wie Schulen im ganzen Kanton Zürich ist jene von Stockmann mit einem Problem konfrontiert, das seit Jahren zunimmt: Immer mehr Schülerinnen und Schüler weisen derart grosse Beeinträchtigungen oder Verhaltensauffälligkeiten auf, dass sie einen Sonderschulstatus erhalten. Gab es 2004 noch weniger als 3000 Zürcher Schulkinder mit entsprechendem Unterstützungsbedarf, waren es im Schuljahr 2023/24 fast dreimal so viel.

Hunderte finden keinen Platz

In Dübendorf kommen zu diesem Trend noch Herausforderungen hinzu, mit denen laut Hartmann viele förderbedürftige Schülerinnen und Schüler zu kämpfen hätten: tiefe Einkommen, viele Alleinerziehende, kleine Wohnungen, in denen kaum Platz fürs Hausaufgabenlösen bleibe. «Da explodieren in der Pubertät manchmal die Probleme», sagt Stockmann. «Wir als Schule haben dann die Chance, jemandem auf die Beine zu helfen, damit er später der Allgemeinheit nicht zur Last fällt.»



Im äussersten Fall heisst das: Die Person wird aus der Regel- in eine Sonderschule umplatziert. Er habe viele Fälle erlebt, in denen das für einen jungen Menschen die Rettung gewesen sei, sagt Stockmann. Aber: «Es hat in den staatlichen Sonderschulen einfach viel zu wenig Plätze. Sie sind immer voll.» Fast die Hälfte ihrer Sonderschüler schickt die Sekundarschulgemeinde deshalb an eine Privatschule.

Dübendorf ist damit nicht allein. Bisher unveröffentlichte Zahlen zeigen: Weil passende Plätze in staatlich anerkannten Sonderschulen fehlen, weichen etliche Zürcher Gemeinden auf private Alternativen aus, die über keine Akkreditierung durch den Kanton verfügen. In insgesamt 20 Zürcher Schulgemeinden gehen über 30 Prozent der Sonderschüler an ein privates Institut. In fünf Gemeinden ist es gar jedes zweite bis dritte Kind mit Sonderschulstatus. Das zeigen Daten der Zürcher Bildungsdirektion, die die NZZ gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip erhalten hat.

Insgesamt 847 Sonderschülerinnen und Sonderschüler sind es demnach, die im Kanton keinen Platz in einer staatlich anerkannten Sonderschule finden. Das ist etwa ein Fünftel aller separiert unterrichteten Sonderschüler. All diese Kinder fanden bis vor kurzem noch nicht einmal Eingang in die kantonale Sonderschulstatistik. Für das Schuljahr 2023/24 wurden sie erstmals aufgeführt. Zuvor blieb ein relevanter Anteil von Kindern mit Förderbedarf ungezählt – und damit unsichtbar. Ein Fünftel der Zürcher Sonderschüler wird in einem nicht einheitlich regulierten und weitgehend unsichtbaren Parallelsystem unterrichtet.

Denn: Anders als staatlich anerkannte Sonderschulen haben private keine fixen Vorgaben – etwa dazu, ob und wie viele ausgebildete Heilpädagogen eingesetzt werden. Sie werden auch nicht durch den Kanton akkreditiert, wie das bei den staatlichen Anbietern der Fall ist. Die Gemeinden können die Kontrolle nach Gutdünken ausgestalten. Eigentlich gelten Privatschulen deshalb als Ultima Ratio, als letzte Möglichkeit. Doch vielerorts ist diese Ausnahme längst zum Normalfall geworden.

«Müssen kreativ werden»

Nicht alle Schulen gehen diesen Weg. In 56 Gemeinden wird kein Kind, in 87 Gemeinden werden nur ein bis fünf Kinder an einer privaten Sonderschule unterrichtet. In diesen Kommunen weiss man sich mit internen Ressourcen oder den staatlichen Lösungen zu helfen.

Anders sieht das in Orten wie Dübendorf aus. Dort beklagt nicht nur die Sekundar-, sondern auch die Primarschulgemeinde einen gravierenden Mangel an geeigneten staatlichen Sonderschulplätzen im Umfeld der Gemeinde. Eine Einschätzung, die auch Egon Watzlaw teilt, der Schulpflegepräsident von Seuzach in der Agglomeration von Winterthur. Keine Schulgemeinde im Kanton hat gemessen an ihrer Grösse so viele privat unterrichtete Sonderschüler: 2 Prozent aller Schulkinder. Er habe sich auch schon an den Kanton gewandt, mit der Bitte, endlich mehr Sonderschulplätze in sinnvoller Distanz zu seiner Gemeinde zu schaffen, sagt Watzlaw. Ohne Erfolg. «Um unsere Schulen zu entlasten, mussten wir kreativ werden», sagt er.

Müsse ein Kind lange auf einen Platz in einer Sonderschule warten, belaste dies oftmals alle Involvierten. Es brauche im Schulalltag zusätzliche Heilpädagogen, womöglich gar eine aufwendige 1:1-Betreuung. «Dabei wollen wir wenn immer möglich verhindern, dass zu viele Lehrpersonen im Klassenzimmer sind.»

Private sind günstiger

Was dazukommt, von den Betroffenen aber nur hinter vorgehaltener Hand gesagt wird: Private Schulen sind für die Gemeinden oftmals günstiger als staatlich anerkannte. Für Letztere muss eine Gemeinde 55 000 Franken pro Jahr und Kind bezahlen (dazu kommt zusätzlich ein Kantonsbeitrag). Bei den Privaten nennen angefragte Schulgemeinden Beträge von um die 30 000 Franken, wobei diese Zahl im Einzelfall stark variieren könne. Spielen beim Boom um die privaten Sonderschulen also auch tiefere Kosten eine Rolle?

Bei seiner Gemeinde sei das nicht so, versichert Beni Stockmann aus Dübendorf. «Es geht allein um das Wohl des Kindes. Niemand wird in eine Sonderschule abgeschoben.» Egon Watzlaw aus Seuzach spricht seinerseits von «pragmatischen Überlegungen»: «Es muss nicht jedes Kind in eine



spezialisierte heilpädagogische Schule.» Manchmal sei ein Setting in einer Privatschule sinnvoller, wenn dadurch beispielsweise ein langwieriger und teurer Anfahrtsweg vermieden werde.

Neben fehlenden staatlichen Plätzen und tieferen Kosten gibt es noch eine weitere mögliche Erklärung für den Boom privater Angebote: die Wünsche der Eltern. Dazu lohnt sich ein Blick auf das rechte Zürichseeufer. Dort finden sich überdurchschnittlich viele Gemeinden, die ihre Sonderschüler nicht an staatlich anerkannte Schulen schicken. In Männedorf, Oetwil am See und Stäfa liegt der Anteil privater Sonderschüler bei 30 bis 40 Prozent. In der Goldküstengemeinde Küsnacht geht jeder zweite Sonderschüler an ein privates Institut, in Zollikon sind es gar drei von vier.

Nach dem Grund gefragt, verweist der Zolliker Leiter Bildung, Urs Rechsteiner, auf dieselben Faktoren, die auch diverse seiner Kollegen nennen: fehlende staatliche Plätze, tiefere Kosten. Er gibt jedoch noch etwas Weiteres zu bedenken: «Der Entscheid, ein Kind in eine Sonderschule zu schicken, ist meist ein langer und diffiziler Prozess.» Wenn immer möglich werde zuerst die Integration in die Regelklasse angestrebt. Gelingt das nicht, folgten umfangreiche Abklärungen. Wenn der Entscheid für eine externe Sonderschule dann falle, sei das Kind oftmals so weit in seiner Schullaufbahn fortgeschritten, dass man nicht nochmals ein Jahr auf einen frei werdenden Platz warten könne. «Eine private Lösung bietet da oftmals eine schnelle und massgeschneiderte Lösung», sagt Rechsteiner.

Eigentlich liegt es in der Kompetenz der Schulbehörden, die Platzierung in einer Sonderschule zu verfügen. Eine freie Schulwahl gibt es in der Volksschule nicht. «In meiner Erfahrung», sagt der Zolliker Leiter Bildung, «sind aber nur mit Einbezug der Familie gute Lösungen möglich.» Man arbeite dabei jedoch mit Privatschulen zusammen, «die wir selbst geprüft und mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben».

Frei wünschen können die Eltern also – zumindest theoretisch – nicht. Wer das will, muss seine Kinder aus der öffentlichen Schule nehmen. Etwas, das Eltern in den Goldküstengemeinden bei allen Kindern überdurchschnittlich oft tun.

Ein Systemproblem?

Klar ist: Ob nun auf Wunsch oder aus Notwendigkeit dort platziert – die grosse Anzahl Sonderschüler in privaten Einrichtungen verweist auf ein grösseres Problem. Es gibt, so sind zumindest die besonders betroffenen Gemeinden überzeugt, zu wenig Kapazitäten für separierten Unterricht in einem auf Integration getrimmten Schulsystem. Je stärker dieses System überlastet ist, desto mehr Kinder landen in Sonderschulsettings. Und, wenn die Plätze knapp werden, in Privatschulen. Eine Dynamik, die gegenüber der SRF-«Rundschau» und der «NZZ am Sonntag» auch Schulvertreter aus dem Aargau, Luzern und Thurgau beschreiben.

Anders sieht die Sache der Kanton Zürich. Die Sonderschulplätze würden «aufgrund des bisherigen Bedarfs und des Wachstums der Gesamtschülerzahl berechnet», schreibt die Bildungsdirektion der NZZ. Es gebe keinen Grund, diese Zahl kleiner als nötig anzusetzen.

Die Behörde wehrt sich auch gegen den Vorwurf, man habe durch den langjährigen Ausschluss privater Schüler aus der Sonderschulstatistik das Ausmass des Phänomens künstlich klein gehalten. Man habe diesen Wert allein deshalb nicht erhoben, weil der Kanton sich nicht an der Finanzierung solcher Lösungen beteilige. Erst kürzlich habe sich dann gezeigt, «dass diese Zahl von Relevanz ist».



Sonderschüler werden ausgegliedert

NZZ, 14. April 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Nähme eine bestimmte Form von Krebs exponentiell zu, würde intensiv nach der Ursache dafür gesucht («Ein Alarmzeichen für die Zürcher Schulen», NZZ 9. 4. 25). Seit rund zwanzig Jahren nimmt die Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Auffälligkeiten, die die Schule gar nicht mehr oder nur mit Unterstützung von Fachkräften oder Medikamenten bewältigen können, stark zu.

Ritalin-Verschreibungen und ADHS- und Asperger-Diagnosen steigen an, asoziales Verhalten gehört in den Schulen zum Alltag. All dies wird fleissig erfasst und publiziert. Aber warum erforscht niemand die Ursache für diese Entwicklung? Es einfach dem Zeitgeist und Social Media zuzuschreiben, scheint mir zu simpel zu sein. Kann es sein, dass man die Antwort auf die Frage nicht hören möchte?

Dass nämlich kleine Kinder feste, verlässliche Bindungen brauchen und Kitas und Tagesschulen, bei allen Bemühungen, dies nicht leisten können? Die Fremdbetreuung wird als Glücksfall für die Kinder propagiert und als Ziel für alle implementiert. Und da käme ein Studienergebnis, welches dies alles infrage stellt, natürlich sehr ungelegen.

Andreas Gilgen, Muri bei Bern

Veranstungshinweis

Was die Kleinklasse für ein Kind bedeuten kann!

Starke Volksschule Zürich, Mo. 19. Mai 2025

Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion

Montag, 19. Mai 2025, 19.00 Uhr

Pfarrzentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

Referenten:

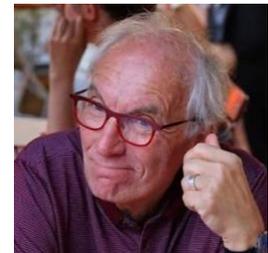
Gabi Schaffner, Primarlehrerin und Einschulungsklassenlehrerin im Kanton Aargau

Roland Stark, Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge aus Basel

In den Medien ist häufig zu lesen, Klein- oder Förderklassen seien ein Nachteil für die Kinder, sie würden dort ausgegrenzt und stigmatisiert. Dazu möchten wir einen Gegenpol setzen: Erfahrene Kleinklassenlehrer schildern, wie sie in ihrer Klasse wirken, wie sie ihren Schülern helfen, das Lernen anzupacken und den Weg in eine erfüllende Zukunft unter die Füsse zu nehmen.

Roland Stark war Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge in beiden Basel, mit über 40 Jahren Berufserfahrung. Er ist Vater zweier schulpflichtiger Töchter. Er war Grossrats- und Verfassungsratspräsident (SP) in Basel.

Zur integrativen Schule und zu den Kleinklassen sagt Roland Stark: «Fast allen Fachleuten, den Pädagogen an der «Front» sowieso, ist klar, dass verhaltensauffälligen, lerngestörten, sozial, oft auch sprachlich und kulturell noch nicht integrierten Kindern eine besonders geförderte Schulentwicklung geboten werden muss. Die «integrative Schule» bietet dafür nur ein ungenügendes, für alle Beteiligten oft frustrierendes Angebot.»





Gabi Schaffner ist seit 35 Jahren Primarlehrerin im Kanton Aargau, davon arbeitete sie 18 Jahre lang als Einschulungsklassenlehrerin.



Im Kanton Aargau können Kinder, die nach dem Kindergarten den Lernanforderungen der ersten Klasse noch nicht gewachsen sind, die Einschulungsklasse besuchen. Dort erarbeitet die Lehrerin den Erstklassstoff mit ihren Schülern in zwei Jahren. Am Ende der Einschulungsklasse erfolgt in der Regel ein definitiver Übertritt in die zweite Klasse der Primarschule. Ganz ähnlich war das Konzept der früheren Sonderklasse A im Kanton Zürich.

Gabi Schaffner: «In diesen zwei Jahren können die Kinder durch Erfolgserlebnisse beim Lernen Zutrauen zu sich selbst entwickeln und als Teil der Gruppe gemeinsam voranschreiten.»

Wir laden Sie herzlich zu den sicher anregenden Vorträgen und zur anschliessenden Diskussion ein.
Eintritt frei, Kollekte für Saalkosten

[Mehr...](#)